



### Presseschau vom 03.12.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

#### de.sputniknews.com: **Moskau dementiert NYT-Bericht über russische Attacke auf Flüchtlingslager in Syrien**

Das Verteidigungsministerium Russlands hat einen Bericht der US-Zeitung „New York Times“ (NYT) über einen Raketen- und Bombenangriff der russischen Luftwaffe auf ein Flüchtlingslager im vergangenen August in Syrien dementiert.

„Absurde Anschuldigungen der Autoren solcher Fake-Nachrichten gründen sich auf ein Video unbekannter Herkunft, auf dem vor dem Hintergrund fester Gebäude des ‚Flüchtlingslagers‘ ein Herumtreiben von Weißhelm-Gaunern zu sehen ist“, erklärte Ministeriumssprecher Igor Konaschenkow am Montag in Moskau.

Gezeigt werde auch blauer Himmel, wo sich angeblich ein russisches Flugzeug befinde. Zu hören seien auch kurze Gespräche in russischer Sprache, die „russische Piloten“ geführt hätten, sagte der Generalmajor.

*"Mühsame Entschlüsselung" von Pilotengesprächen*

Die Zeitung behauptet, dass Journalisten die Pilotengespräche „mit titanischen Anstrengungen monatelang“ entschlüsseln mussten.

„Zur Enttäuschung der Autoren möchten wir ein weiteres Mal daran erinnern, dass die Übermittlung von Zielkoordinaten an Piloten oder Berichte über die Erfüllung der Kampfaufgaben nicht öffentlich in verschlüsselter Form erfolgen“, sagte Konaschenkow.

Am 27. November hatte die in London residierende Beobachtungsstelle für Menschenrechte

in Syrien einen Vertrag mit NYT über gemeinsame „Untersuchungen“ militärischer Verbrechen in dem Bürgerkriegsland geschlossen. Konaschenkow schloss nicht aus, dass die jüngste Publikation der US-Zeitung Produkt dieser Kooperation gewesen war.

denis-pushilin.ru: Die Überlegungen des Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij über eine Änderung der Reihenfolge der Umsetzung der Punkte der Minsker Vereinbarungen sind gegenstandslos, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gegenüber Interfax. „Die Erklärung über die Absichten, die Reihenfolge der Handlungen, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, zu erörtern und zu ändern, demonstriert das Unverständnis des Präsidenten der Ukraine für das internationale Recht, die reale Beziehung zu zwischenstaatlichen Dokumenten und Verpflichtungen der Ukraine. Dazu überschätzt Selenskij ernsthaft seine Bedeutung in der Geopolitik“, sagte Denis Puschilin. Er unterstrich, dass die Unzuverlässigkeit und Verhandlungsunfähigkeit der Ukraine bereits sprichwörtlich geworden sei.

„Das offizielle Kiew darf nicht vergessen, unter welchen Bedingungen die Ukraine jedes Mal Vereinbarungen in der Hauptstadt Weißrusslands unterzeichnet hat: wenn es keine anderen Varianten gab, ihre Armee zu retten. Niemand hat ihr das Recht gegeben, Bedingungen und die Reihenfolge der Erfüllung der Punkte der Vereinbarungen zu diktieren, weder damals und noch weniger jetzt. Sie ist verpflichtet, sie nicht entsprechend den Wünschen der lokalen Politik zu interpretieren, sondern bedingungslos umzusetzen“, unterstrich Denis Puschilin. Zuvor hatte der Präsident der Ukraine erklärt, dass die schwierigste Frage in den Verhandlungen mit Russland bei dem bevorstehenden Gipfel des „normannischen Quartetts“ die Erörterung der Reihenfolge der Handlungen bei der Regelung der Situation im Donbass sei. Er meint, dass zuerst die Kontrolle über die Grenze zwischen der DVR und Russland übergeben werden muss und dann erst örtliche Wahlen auf dem Territorium des Donbass stattfinden können.

#### de.sputniknews.com: **Russische Delegation trifft sich mit Assad – „Astana“-Verhandlungen auf Agenda**

Eine Delegation Russlands unter der Leitung des Syrien-Sondergesandten des russischen Präsidenten, Alexander Lawrentjew, hat sich in Damaskus mit Syriens Präsident Baschar al-Assad getroffen. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung auf eine weitere Runde der Verhandlungen im sogenannten Astana-Format, teilte Assads Pressedienst am Montag mit. „Die Seiten bekräftigten die gemeinsame syrisch-russische Position, wonach der Kampf gegen den Terrorismus fortgesetzt werden muss. Es kommt auch darauf an, den Missbrauch der Zivilbevölkerung als lebendiger Schild durch die Terroristen zu verhindern, die die Stadt Idlib zu ihrer Hochburg machen wollen“, hieß es in der Mitteilung.

Die Gesprächspartner erörterten auch die Lage im Nordosten Syriens. Dabei wurde auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung von Kontrolle der Regierung über das gesamte Territorium Syriens hingewiesen. Parallel dazu sollten staatliche Institutionen ihre Tätigkeit aufnehmen.

Viel Raum nahm ferner die Vorbereitung einer turnusmäßigen Runde der Syrien-Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan (Astana-Format) ein, die am 10./11. Dezember stattfinden soll.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrormiliz Islamischer Staat (IS)\* verkündet. Dennoch gibt es mancherorts immer noch vereinzelte Zusammenstöße zwischen den Terroristen und der regulären syrischen Armee. Die Regierung in Damaskus arbeitet derzeit darauf hin, die Krise mit politischen Mitteln beizulegen, die Staatlichkeit Syriens komplett wiederherzustellen und die Flüchtlinge zur Heimkehr zu bewegen.

\*in Russland per Gesetz verbotene Terrormiliz

ukrinform.de: **UNICEF zeigt sich besorgt wegen Gesundheit von Kindern im Donbass**

Im Donbass nehmen seriöse Risiken für die physische Gesundheit und den psychologischen Zustand von einer halben Million Kindern immer mehr zu.

Dies geht aus einem UNICEF-Bericht hervor, meldet der eigene Ukrinform-Korrespondent in New York.

"Man kann sich kaum vorstellen, dass die Kinder in den Schulen mit Schutzbauten weiter lernen, deren Gebäude durch Kugeln beschädigt wurden. Dass sie in Wohngebieten weiter leben, wo ab und zu geschossen wird", erklärte die UNICEF-Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien, Afshan Khan.

Laut Angaben von UNICEF sind seit dem Konflikt im Donbass 172 Kinder ums Leben gekommen bzw. erlitten durch Minen oder andere explosionsgefährliche Gegenstände Verletzung. 430 Kinder sind durch Psychotraumata betroffen, sie benötigen ständige Unterstützung. Zwei Millionen Erwachsene und Kinder "bedrohen Tod oder Körperverletzung durch Minen oder andere explosionsgefährliche Gegenstände".

In diesem Jahr wurden im Donbass 36 Schulen beschossen. Seit dem Krieg sind in der Region 750 Lehranstalten beschädigt oder zerstört, heißt es.

Wpered.su: **Toreser Kommunisten leisteten Kindern und Soldaten Hilfe**

Kommunisten aus Tores lieferten Sach- und Lebensmittelhilfe an Soldaten und Kinder, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Dank nicht gleichgültiger Einwohner von Tores gelang es, für die Verteidiger des Donbass warme Kleidung, Schuhe, Kissen, Decken, Medikamente, Haushaltschemikalien und Lebensmittel zu sammeln. Außerdem besuchten Kommunisten eine Filiale der Kinderbibliothek von Jasinowataja. Für kreative Kinder, die sich zusammen mit Pädagogen auf die Neujahrsfeiern vorbereiten, brachten Vertreter der KP der DVR Bastelmaterial, Geschirr und warme Sachen.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/12/nP0fbVCd0lU-768x576.jpg>

de.sputniknews.com: **Zusatzregelungen für Auslandsagenten: Putin unterzeichnet neues Mediengesetz**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Montag ein Gesetz zur zusätzlichen Regelung von Tätigkeiten der Auslandsagenten im Medienbereich unterzeichnet.

In der Staatsduma, dem Unterhaus des russischen Parlaments, wurde in der vergangenen Woche ein Gesetz verabschiedet, wonach Personen, die eine Partnerschaft mit einem

Auslandsagenten aus dem Medioumfeld eingehen und aus dem Ausland finanziert werden, selbst als solche eingestuft werden können.

Als Medium-Auslandsagent darf demnach eine Einzelperson anerkannt werden, wenn sie Nachrichten oder Materialien für eine unbegrenzte Publikumszahl unter anderem im Internet verbreitet. Betroffen sein sollen jene, die de facto als Medien agieren und sozialpolitische Informationen teilen, ohne als ein Medium registriert zu sein. Das Justizministerium bekommt vor diesem Hintergrund die Befugnisse, ausländische Medien mit Funktionen eines Auslandsagenten in ein entsprechendes Register einzutragen.

Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, die Internet-Ressource eines ausländischen Medienagenten im Falle eines Verstoßes gegen die Regeln für die Verbreitung von Informationen zu sperren.

Es wird angemerkt, dass die neue Regelung als spiegelartige Antwortmaßnahme auf ähnliche Handlungen westlicher Staaten angenommen wird.

In Reaktion auf die US-Handlungen gegenüber RT und Sputnik hatte Russlands Präsident Wladimir Putin Ende November 2017 das Gesetz über den Status eines ausländischen Agenten für die Medien unterzeichnet. Laut diesem Dokument dürfen ausländische Medien, die finanzielle Unterstützung von ausländischen Staaten oder Organisationen bekommen, als Agenten des Auslands in Russland eingestuft werden.

*Vorinstallation russischer Software-Alternativen*

Am gleichen Tag hatte Putin ein Gesetz über eine verbindliche Vorinstallation russischer Software auf Geräten wie Smartphones, PCs und Fernseher mit der Funktion Smart TV unterzeichnet. Die vollständige Liste mit den Gadgets, der Software und den Installationsregelungen soll die Regierung noch festlegen.

Das Gesetz tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Zuvor hatte das Mitglied des Profilausschusses für Wirtschaftspolitik, Industrie, innovative Entwicklung und Unternehmerschaft, Aleksej Kanajew, erklärt, dass dieses Gesetz auf den Schutz der Verbraucherrechte abziele.

Darüber hinaus werde es zur Entwicklung von russischen IT-Unternehmen beitragen und „sie in ein gleiches wettbewerbsintensives Milieu“ mit ausländischen Korporationen stellen.

**vormittags:**

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK:**

**Am 2. Dezember wurden kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.**

**de.sputniknews.com: Erdogan: Türkisch-russische Beziehungen keine Alternative zu Nato-Partnerschaft**

Russland ist laut dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ein guter Partner für die Türkei. Die Kontakte zu Moskau seien jedoch keine Alternative zu den Beziehungen zu Nato-Verbündeten, sagte er gegenüber türkischen Medien am Dienstag.

Die Türkei verfolge eine Multi-Vektor-Außenpolitik, deren Prioritäten sich nach ihrer geografischen Lage richten. Der von der Nato bereitgestellte „Sicherheitsschirm“ sei für die Türkei dabei von großer Bedeutung.

„Russland ist auch einer der führenden Akteure auf der internationalen Bühne (...). Unsere guten Beziehungen zu Russland und zu anderen Ländern sind jedoch keine Alternative zu unseren Beziehungen zu den Verbündeten, sondern vielmehr deren Ergänzung“, zitiert den Staatschef die Tageszeitung „Türkiye Gazetesi“.

Ihm zufolge braucht das Bündnis eine Erneuerung. Die Nato müsse entschlossener und

wirksamer handeln, insbesondere angesichts der Bedrohungen durch terroristische Organisationen.

Nach Angaben des türkischen Präsidenten sollen auf dem Nato-Gipfel in London die Beziehungen zu China und Russland auf der Tagesordnung stehen.

Die Türkei ist wegen ihrer Operation in Nordsyrien und des Kaufs der russischen S-400 in der Nato scharf kritisiert worden. Die Präsenz von russischen S-400 Triumph-Flugabwehrraketensystemen in der Türkei ist laut dem US-Sicherheitsberater Robert O'Brien nicht akzeptabel und wird Folgen haben. Aufgrund dessen wurde die Türkei vom F-35-Programm ausgeschlossen. Laut der türkischen Seite wird der S-400-Kauf die Verteidigungsfähigkeit der Nato stärken.

### **ukrinform.de: Selenskyj nannte Polen einen der wichtigsten Anwälte der Ukraine in Europa**

Polen helfe die ganze Zeit der Ukraine und sei ein wichtiger Anwalt von Kyjiw in Europa, erklärte der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, in einem Interview mit einer Reihe westlicher Medien, darunter der polnischen Zeitung Gazeta Wyborcza (wyborcza.pl).

„Polen hilft uns die ganze Zeit sehr. Das ist einer unserer wichtigsten Anwälte in Europa.

Polen sagt immer wieder laut: „Nehmen wir die Ukraine in die EU auf“, sagte Selenskyj.

Er fügte hinzu, dass Polen immer wieder betont, wer im Donbass den Krieg führt und wer die Krim annektiert hat.

„Wir haben (mit Polen – Red.) gute Beziehungen. Deshalb möchte ich sehr, dass Polen seine Position in den Angelegenheiten der Ukraine einfach nicht ändert“, hob Selenskyj hervor.

Wie berichtet besuchte Wolodymyr Selenskyj Polen vom 31. August bis 1. September 2019.

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. Dezember 3:00 bis 3. Dezember 3:00**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die **Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 6.**

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Volvo-Zentrum, Terminal des Flughafens), Nowolaspa.**

Opfer unter der zivilen Bevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 16.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 26.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

### **de.sputniknews.com: Zwei Islamisten-Anführer in Russland festgenommen**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat in Moskau und in der Ural-Stadt Tscheljabinsk zwei Anführer und sieben aktive Anhänger der Terrororganisation Hizb ut-Tahrir\* festgenommen.

Laut der FSB-Pressestelle seien unter den Festgenommenen Bürger Russlands und einiger zentralasiatischen Staaten. Sie hätten im Auftrag ausländischer Emissäre „die Ideologie der

Terrororganisation gezielt verbreitet, die einen gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Staatsführung zum Ziel hat“. Die Festgenommenen sollen bei heimlichen Versammlungen örtliche Muslime sowie Arbeitsmigranten angeworben haben.

In den Wohnungen der Festgenommenen wurden in Russland verbotene Propaganda-Materialien, elektronische Datenträger und Kommunikationsgeräte sichergestellt.

Die radikale Organisation „Hizb ut-Tahrir al-Islami“ („Partei der Befreiung“) war 1953 in den Palästinensergebieten als politische Partei gegründet worden und ist mittlerweile auch in Syrien, Ägypten, Jordanien, Tunesien, Kuwait, Zentralasien, der Türkei und Europa aktiv. In Russland, Deutschland sowie in der Mehrheit der arabischen, osteuropäischen, asiatischen und Nahoststaaten ist sie verboten.

\*Terrororganisation, in Russland und Deutschland verboten



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32606/06/326060678.jpg>

Lug-info.com: „Es ist die Anwesenheit von Einheiten der Nationalgarde auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium im Gebiet von Solotoje festzustellen, die inszenierte Beschüsse auf Positionen der ukrainischen Streitkräfte durchführen, um sie festzuhalten und in der Folge die Verteidiger der LVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen“, teilte der Pressedienst der Volksmiliz der LVR mit.

„So bemerken unsere Beobachter in Perwomajsk und Michajlowka Feuer mit Schusswaffen auf von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Territorien, außerdem werden Beschüsse von der OSZE-Mission bestätigt“, fügte der Pressedienst hinzu.

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **„Ich mag’s“: Erster Raumfahrer aus VAE über russischen Winter**

Der erste Kosmonaut aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Hazzā‘ Al-Manşūrī, der mit einem Sojus-Raumschiff zur Internationalen Raumstation (ISS) geflogen war, hat mitgeteilt, dass er den russischen Winter mag. Darüber berichten russische Medien am Dienstag.

„Das Wetter ist angenehm, mir gefällt’s. Besonders merkt man das, wenn man aus den VAE kommt, wo aktuell 25 Grad sind. Den Unterschied merkt man ganz schnell, wenn man in die minus 5 oder minus 10 Grad kommt. Aber ich mag das“, sagte Al-Manşūrī bei der feierlichen Begrüßung der Crew im Kosmonauten-Ausbildungszentrum.

Ebenso feierlich wurden im Sternenstädtchen der russische Kosmonaut Alexej Owtschinin und der amerikanische Astronaut Nick Hague empfangen.

Die Crew der ISS, bestehend aus dem Russen Oleg Skripotschka, der Amerikanerin Jessica Meir und dem ersten Kosmonauten aus den VAE, Hazzā‘ Al-Manşūrī, war am 25. September

vom Startgelände Baikonur zur ISS gestartet. An Bord der ISS verbrachte Al-Mansūri acht Tage und kehrte am 3. Oktober gemeinsam mit Owtschinnikow und Hague mit dem Raumschiff Sojus MS-12 wohlbehalten auf die Erde zurück.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32606/10/326061028.jpg>

Dan-news.info: Gestern hat die deutsche Zeitschrift „Der Spiegel“ ein Interview mit dem Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij veröffentlicht, in dem er erklärte, dass es im Donbass „solche gibt, die für die Ukraine eintreten, es gibt solche, die verwirrt sind und solche, die für Russland sind“. „Nun, die letzteren können ausreisen“, erklärte er. Am 29. November hatte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Alexej Danilow gegenüber Journalisten mitgeteilt, dass von der Behörde fünf Szenarien zur „Reintegration“ des Donbass erarbeitet wurden. Er hat ihren Inhalt nicht mitgeteilt, aber angemerkt, dass alle „zum Nutzen der Ukraine“ sind.

„Der Präsident der Ukraine setzt seine Rhetorik fort und spricht davon, dass die nach seiner Meinung „Verirrten und Verwirrten“ Einwohner der Republik, die sich erdreistet haben, sowohl ukrainische als auch russische soziale Hilfe zu erhalten, den Donbass verlassen können und nach Russland ziehen können. All dies bestätigt, dass der Plan zur Genozid an der Bevölkerung des Donbass eine reale Strategie der ukrainischen Regierung ist. Jedes ihrer Szenarien unterscheidet sich von den anderen – von der Möglichkeit innerhalb eines Monats zu gehen bis zur physischen Beseitigung unliebsamer Menschen, die ihre eigene Meinung haben. Dieses Verbrechen muss an der Wurzel unterbunden werden“, sagte dazu der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR, Mitglied des Komitees für Sicherheit und Verteidigung Alexandr Kurenkow.

In diesem Zusammenhang erinnerte Kurenkow an den Skandal um Danilow. In der ersten Novemberhälfte wurde im Netz ein Brief des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine an den Leiter des Büros des Präsidenten, den Leiter des SBU und den Premierminister veröffentlicht, gemäß dem die Mehrheit der Einwohner der Region nicht „proukrainisch“ seien und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden müssen sowie in die RF oder in die zentralen und westlichen Teile der Ukraine zur „Umerziehung“ umgesiedelt werden müssten. Zwei Wochen lang kommentierte Kiew das Dokument nicht. Dann begann der Skandal aktiv im Ausland erörtert zu werden. Danilow beschuldigte Russland des Geschehens und erklärte das Dokument zum Fake.

„Lügen, nicht damit aufhören, eine Lüge auf die andere türmen, alle Beschuldigungen dementieren, selbst die offensichtlichsten, das ist die Strategie Selenskij und seines Teams. Nachdem er mit einem Dementi des Plans zur Deportation der Einwohner des Donbass aufgetreten war, der sogar auf der offiziellen Seite veröffentlicht war, erzählte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats von fünf Szenarien, die das Kiewer Regime

nicht für nötig hält zu veröffentlichen. Warum werden die Details verheimlicht? Ja, weil sie alle auf ein Genozid der Einwohner der DVR und der LVR in verschiedenen Formen gerichtet sind. Dies bestätigt die Information über private Untersuchungsgefängnisse, die der Justizminister der Ukraine bekannt gegeben hat“, sagte Kurenkow.

Kurenkow erinnerte daran, wie 2014 in geheimen Gefängnissen des SBU Menschen gefoltert wurden, die gegen den Staatsstreich in Kiew eintraten. „Jetzt haben Selenskij und Co beschlossen, diese Praxis aufzunehmen. Mehr noch, es gibt Pläne zur Bildung irgendeiner Kommission und anderer Spezialorgane, die den Grad der Loyalität der Einwohner des Donbass zum Kiewer Regime bestimmen sollen“, sagte der Abgeordnete zum Abschluss.

de.sputniknews.com: **Kaliningrads Gouverneur findet Idee einer Eroberung der Region „ziemlich lächerlich“**

Die Diskussionen über einen möglichen Konflikt in den baltischen Staaten sowie über Pläne zur Eroberung des Gebiets Kaliningrad sind nach der Ansicht seines Gouverneurs Anton Alichanow ziemlich lächerlich. In einem Interview mit RIA Novosti sprach Alichanow über die Beziehungen zu den Nachbarn und die Umsetzung der Schlüsselprojekte in der Region. In der letzten Zeit spricht man häufig in den Medien über eine Eroberung von Kaliningrad durch die Nato-Staaten, falls ein Konflikt in den baltischen Staaten entstehen sollte. Den Grund dafür sieht Alichanow darin, dass die Nachbarstaaten davon träumen, dass sie dadurch Nato-Truppenkontingente bekommen, was auch ihnen Geld bringen würde.

„Ehrlich gesagt erfolgt der Ausbau der Verteidigungsinfrastruktur in Kaliningrad als eine Reaktion auf die Stationierung von Offensivwaffen in den baltischen Ländern, in Polen und anderswo. Wir sind in einem Reaktions- und nicht in einem Aggressionsmodus. Deshalb, wenn man uns sagt, dass man einen Plan entworfen habe, wie man uns erobern, unsere Verteidigung durchbrechen könne, so klingt das ziemlich lächerlich für uns“, sagte Alichanow.

Man sollte lieber konstruktive Beziehungen aufbauen und gemeinsame Interessen in der regionalen Entwicklung suchen.

Die Beziehungen zu den Nachbarländern Litauen und Polen bewertet der Gouverneur positiv: Es werden gemeinsame ökologische und touristische Projekte in die Tat umgesetzt. „Wir pflegen enge praktische Beziehungen auf interkommunaler, interregionaler Ebene“, sagte er. *Nato könnte russisches Kaliningrad in zwei Tagen erobern – Chinesischer Militärstrategie* Anfang November hatte ein chinesischer Generalmajor eingeschätzt, dass die Nato im Falle eines Konflikts in der Ostsee innerhalb von zwei Tagen Kaliningrad einnehmen könnte. Dies begründete er mit der Größe und dem Standort der Stadt: Kaliningrad habe eine Fläche von 15 000 Quadratkilometern und liege 1000 Kilometer von Moskau entfernt, aber „sehr nah an den Nato-Staaten“.

ukrinform.de: **"Autonomie" und Blockierung der Ukraine-NATO-Kommission - Note an Ungarns Botschafter**

Die Protestnote wurde am Montag an den Botschafter Ungarns in der Ukraine, István Íjgyártó, wegen seiner Erklärung über die Autonomie der ungarischen nationalen Minderheit in der Ukraine und die Blockierung der Tätigkeit der Kommission Ukraine-NATO von der ungarischen Seite gerichtet.

"Am 2. Dezember wurde der Botschafter Ungarns in der Ukraine István Íjgyártó ins ukrainische Außenministerium einbestellt - im Zusammenhang mit dem Interview vom 28. November. Man hat ihn auf die Unzulässigkeit seiner Erklärungen bezüglich der Autonomie der ungarischen nationalen Minderheit in der Ukraine und die Blockierung der Tätigkeit der Kommission Ukraine-NATO von der ungarischen Seite verwiesen. Und eine Protestnote ausgehändigt", heißt es.

Beim Gespräch wurde betont, dass das Gesetz der Ukraine "Über die Bildung" die Rechte der

Ukrainer ungarischer Herkunft nicht verletze, sondern ihnen bessere Möglichkeiten biete, sich in der Ukraine zu verwirklichen, was die Venedig-Kommission bestätigt hätte.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.12.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **sechsmal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik** eröffnet.

**In Richtung Donezk** haben Kämpfer Iwanows aus der 56. Brigade der BFU das **Gebiet des Flughafens von Donezk** mit 82mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Mariupol** haben Kämpfer Gontscharuks aus der 128. Brigade das Feuer mit Antipanzerhandgranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf das Gebiet von **Nowolaspa** eröffnet.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 16 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Im Vorfeld der Feiern zum „Tag der ukrainischen Streitkräfte“ hat das Verteidigungsministerium der Ukraine zur Anhebung des moralisch-psychischen Zustands der Soldaten beschlossen, das Personal von Verbänden, die Aufgaben in der OOS-Zone erledigen, mit Auszeichnungen und Geldprämien zu belobigen. Zu diesem Zweck wurden aus dem Haushalt mehr als 25 Millionen Griwna zur Verfügung gestellt. Die Kommandeure der Verbände und Truppenteile sind angewiesen, bis zum 1. Dezember Listen von Auszuzeichnenden mit einer Aufstellung der individuellen Verdienste jedes Soldaten vorzulegen. Zur Vermeidung von Korruption in den Verbänden und Truppenteilen arbeitet eine Kommission zur Kontrolle über die Aufstellung der Listen für die Auszeichnungen. Beim Studium der Listen hat die Kommission mehr als 700 sogenannte „tote Seelen“ entdeckt, die nicht nur nicht in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone gedient haben, sondern überhaupt nicht in den ukrainischen Streitkräften. Insbesondere in der 128.

Gebirgssturmbrigade befanden sich auf den Listen für die Auszeichnungen Verwandte von Kommandeuren von Einheiten sowie Personal, das sich außerhalb der OOS-Zone im ständigen Stationierungspunkt in der Oblast Lwow befindet, insgesamt wurden 97 Personen entdeckt.

Nach uns vorliegenden Informationen wird bei ukrainischen Kommandeuren zu persönlicher Bereicherung außerdem nicht im ersten Jahr die Auszeichnung von Soldaten gegen eine bestimmte Summe praktiziert, die nach dem Grad der Wichtigkeit der zu erhaltenden Auszeichnung variiert. Die Soldaten sind gezwungen, für Medaillen ab 300 Griwna zu zahlen und bis zu 25.000 für einen Orden. In diesem Zusammenhang sind Fest- und Gedenktage für das Kommando der BFU nach wie vor ein einkömmliches Geschäft und dies demonstriert die Unfähigkeit des Verteidigungsministeriums der Ukraine, die Lage der Dinge im Bereich der Korruption in den Truppen zu ändern.

Im Zusammenhang mit dem niedrigen Vertrauen zum Kommando der OOS von Seiten der Einwohner, die auf den zeitweilig von den BFU kontrollierten Territorien wohnen, ist eine Aktivierung der Tätigkeit des SBU zur Verhinderung möglicher Unruhen unter der Bevölkerung festzustellen.

In den Gebieten von Dsershinsk, Awdejewka und Krasnogorowka werden von technischen Einheiten des SBU Telefongespräche abgehört. Im Fall der Entdeckung von Gesprächen mit gegen die Regierung gerichtetem oder gegenüber den Volksrepubliken loyalem Inhalt stellt der SBU die Adresse des Abonnenten fest, dorthin fährt in der Folge eine operative Gruppe, um Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen. Inzwischen wurde etwa 10 Zivilisten festgenommen. In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die friedlichen Einwohner, die

sich aufgrund des Willens des Kiewer Regimes zeitweilig auf das angrenzende Gebiet geraten sind. Seien Sie wachsam und führen Sie keine Gespräche, die von den Truppen als provokativ bewertet werden könnten.

#### de.sputniknews.com: **Gratulation und „Normandie“-Treffen: Putin telefoniert mit von der Leyen**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag ein Telefongespräch mit der neuen EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen geführt. Eine entsprechende Mitteilung wurde auf der Kreml-Webseite publik gemacht.

„Von beiden Seiten wurde betont, dass es trotz der aktuellen nicht einfachen Periode in den Beziehungen zwischen Russland und der EU im gemeinsamen langfristigen Interesse ist, Anknüpfungspunkte zu den auf der europäischen und internationalen Agenda stehenden Schlüsselthemen zu finden, einen direkten Dialog zu entwickeln“, heißt es auf der Kreml-Webseite.

#### *Kurz vor „Normandie“-Treffen*

Unter anderem behandelten Putin und von der Leyen die Fragen, die mit dem bevorstehenden Treffen im Normandie-Format verbunden sind.

„In diesem Kontext wurde die Wichtigkeit einer konsequenten Umsetzung der Minsker Vereinbarungen hervorgehoben.“

Das „Normandie“-Treffen soll am 9. Dezember in Paris stattfinden. Im Normandie-Format bemühen sich die vier Länder Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland um die Umsetzung des Friedensplans für den Donbass. Zuletzt hatte ein Normandie-Treffen auf höchster Ebene vor drei Jahren in Berlin stattgefunden.

#### *Putin gratuliert*

Darüber hinaus gratulierte der russische Staatschef Wladimir Putin seiner Gesprächspartnerin Ursula von der Leyen zu ihrem Amtsantritt als EU-Kommissionschefin.

Seit dem 1. Dezember 2019 ist sie Präsidentin der Europäischen Kommission. Das Europaparlament hatte am 27. November die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen mit breiter Mehrheit bestätigt.

#### Mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden wurden **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Unter Nutzung der relativen Ruhe stationieren die ukrainischen Streitkräfte weiter Waffen und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie in Wohngebieten von Ortschaften.

So wurde in einem Wohngebiet von Trjochisbenka ein gepanzertes Spähfahrzeug der 14. Brigade entdeckt. Auf Anfragen von Einwohnern der Ortschaft, ihnen zu helfen, unternimmt das Brigadekommando nichts.

Die ukrainischen Truppen setzen weiter aktiv Drohnen an der Kontaktlinie ein.

Gestern am 2.12. haben Soldaten der Luftabwehr der Volksmiliz der DVR dank fachkundiger und koordinierter Handlungen im Gebiet von Sokolniki ein Drohne der ukrainischen Streitkräfte, Typ „Phantom“, die einen Flug im Verantwortungsbereich der 14. Brigade unternahm, entdeckt und abgeschossen. Die Informationen vom Datenträger der Drohne werden von unseren Spezialisten ausgewertet.

Alle verbrecherischen Handlungen des Kommandeurs der 14. Brigade Wojtschenko werden von uns festgehalten und werden der Generalstaatsanwaltschaft der Republik übergeben, um sie dem Strafverfahren hinzuzufügen. Ich bitte die Vertreter der OSZE-Mission, diesen Verstoß festzuhalten und die ukrainischen Seite zu verpflichten, ihre Verpflichtungen einzuhalten.

Nach Informationen von einer Quelle im Stab der 46. Brigade wurde in Makarowo im Hof

eines Nichtwohngebäudes von Mitarbeitern des SBU ein Versteck mit Waffen gefunden, es wurden dort fünf AK-74-Maschinenpistolen, 20 RGD-5-Brigaden sowie mehr als 1000 Patronen des Kalibers 5,45mm gefunden. Die Suchmaßnahmen wurden im Rahmen der Arbeit einer Kommission des Raketenartilleriewaffendienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ durchgeführt, die seit dem 24.11. zur Überprüfung des Vorhandenseins, der Inventarisierung und Lagerhaltung von Waffen und Munition in den Einheiten der 46. Brigade durchgeführt. Zum Kreis der Verdächtigen gehören drei Soldaten der Brigade, darunter der Kommandeur eines Zugs.

In der 59. Brigade arbeitet eine Kommission des technischen Dienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ zur Kontrolle der Qualität der Tarnung der Technik. Es wurde ein Fehlbestand von Tarnnetzen festgestellt und die vorhandenen Teile entsprachen nicht den technischen Normen. Im Ergebnis wird im Stab der 59. Brigade der Besuch von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes zur Durchführung von Ermittlungen erwartet.

Im Verantwortungsbereich derselben Brigade wurde die Ankunft einer Gruppe von Spezialisten für die technische Wartung der Technik des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und die Durchführung von Reparaturen mit Austausch von Funkelementen an einer „Bukovel-AD“ Station festgestellt. Im Zusammenhang mit der geringen Zuverlässigkeit der Technik werden diese Maßnahmen zweimal im Monat durchgeführt. Die Mannschaft der Station erfüllt Aufgaben zur Bekämpfung von OSZE-Drohnen im Gebiet von Mironowskij, Troizkoje und Swetlodarskoje.

de.sputniknews.com: Dänemark rechtfertigt sich für Barrieren für Nord Stream 2-Realisierung  
Dänemark hat sich laut dem dänischen Botschafter in Russland, Carsten Søndergaard, vor der Erteilung der Baugenehmigung für Nord Stream 2 vergewissern müssen, dass das Projekt den ökologischen Standards und den internationalen Verpflichtungen des Landes entspricht.

Dies melden die Medien unter Verweis auf die Erklärung des Botschafters.

Der Diplomat versicherte, dass die Verzögerung mit der Baugenehmigung gegenüber dem Betreiber der Gasleitung Nord Stream 2 keinen politischen Hintergrund gehabt hätte. „Dies ist eine administrative Entscheidung und ein ziemlich transparenter Prozess“, sagte Søndergaard.

Dänemark hatte die Genehmigung für die Verlegung der Gaspipeline Nord Stream 2 in seiner Wirtschaftszone Ende Oktober erteilt. Doch später hatte es sich herausgestellt, dass die Genehmigung angefochten worden sei. Der Autor der Beschwerde wurde nicht offenbart, obwohl der Energieminister der Ukraine, Alexej Orschel, von einem solchen Wunsch gesprochen hatte.

In der dänischen Energieagentur wurde erläutert, dass die Anfechtung in der Regel nicht die ursprüngliche Entscheidung aufhebe, doch ein solches Szenario sei nicht ausgeschlossen.

Allerdings war später bekannt geworden, dass die Energieagentur doch Nord Stream 2 genehmigt haben soll, die Rohre zu verlegen.

Die Verzögerung bei der Erteilung der Genehmigung für die Verlegung der Gaspipeline führte zur Nichterfüllung von Fristen des Baus von Nord Stream 2, denn es war geplant, ihn bis Ende 2019 abzuschließen. Aktuell ist der Start der Gaspipeline auf die Mitte des Jahres 2020 verschoben worden.

### **ukrinform.de: Estlands Verteidigungsminister steht Erklärungen Macrons über Dialog mit Moskau skeptisch gegenüber**

Verteidigungsminister Estlands Jüri Luik erklärte einen Tag vor dem NATO-Gipfel (am 3.-4. Dezember - Red.), Bedarf an der NATO sei momentan stärker als je zuvor, da Russland seiner Meinung nach wieder eine Gefahr darstelle.

Dies teilt ERR unter Berufung auf den Auftritt Luiks im estnischen Fernsehen mit.

"Wir müssen uns möglichst auf gemeinsame Werte und echte Sicherheitsbedrohungen

konzentrieren. Wir müssen ehrlich sagen: Wenn Russland eine Bedrohung ist, dann ist es eine Bedrohung. Es macht keinen Sinn, das zu verbergen oder attraktiver zu machen", sagte Luik. Dabei glaubt Estlands Verteidigungsminister nicht, dass der NATO wegen der Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten ein Autoritätsverlust drohe.

Bekanntlich sprach sich Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron scharf an die Adresse der Allianz aus. Er bescheinigte der Nato den „Hirntod“.

Luik betonte, als Botschafter in Russland stelle er sich "durchaus vor, dass diese Art Dialog für die Russen keine besondere Wertschöpfung habe".

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg seinerseits erklärte über die Notwendigkeit eines Dialogs mit der Russischen Föderation zur Verbesserung der Beziehungen mit ihr.

### **Amrmiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Das ukrainische Militärkommando, soweit es zu den Anhängern des Ex-Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko gehört, unterlässt die Versuche, die Lage in der OOS-Zone zu destabilisieren und den friedlichen Prozess zur Regelung des Konflikts aufzuheben nicht.

Nach der Ernennung von I. Bakanow zum Leiter des SBU durch W. Selenski, war ein ernsthafter Konflikt zwischen dem neu ernannten Funktionsträgern und den Günstlingen P. Poroschenkos, die offen die derzeitige Regierung kritisieren und nicht mit der Politik der Regierung im Donbass einverstanden sind, zu bemerken.

Unter Nutzung ihrer besonderen Vollmachten erteilen sie den ihnen unterstellten Spezialeinheiten Anweisungen zur Durchführung verschiedener Arten von Diversionen in der Nähe der Kontaktlinie, die auf eine Sabotage des Treffens im „normannischen Format“ am 9. Dezember gerichtet sind. Im Fall einer Durchführung ihres Plans wird der Präsident der Ukraine in den Augen der Weltgemeinschaft als Garant der Stabilisierung der Lage im Donbass und der Kontrolle über die Truppen diskreditiert sein.

Der Tod von zwei Oberstleutnants, Scharfschützen, aus der Spezialabteilung „Alpha“ des SBU ist dafür eine Bestätigung und zeugt davon, dass der SBU zur Erfüllung der gestellten Aufgabe die Elite seiner Spezialeinheiten herangezogen hat. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, dass die Mitarbeiter des SBU, obwohl sie dem Kommando der OOS unterstellt sind, ihr eigenen „dunkles Spiel“ treiben, das der Politik W. Selenskij's entgegenläuft.

### **de.sputniknews.com: Russlands S-400-Deal mit der Türkei: Trump gibt Obama Schuld**

US-Präsident Donald Trump hat am Dienstag die Regierung seines Amtsvorgängers Barack Obama für den Kauf russischer Luftabwehrsysteme S-400 durch die Türkei verantwortlich gemacht.

Ankara wollte ursprünglich laut Trump die Luftabwehrsysteme von den USA erwerben, doch die Obama-Administration habe sich geweigert, einen Deal einzugehen, sodass man sich im Endeffekt für die russischen S-400 entschieden habe.

„Sie haben versucht, unsere Systeme zu kaufen, und die Obama-Administration sagte: ‚Ihr könnt sie nicht haben.‘ Die Obama-Administration sagte: ‚Ihr könnt keine Patriots (US-amerikanisches Raketenabwehrsystem des Typs Patriot – Anm. d. Red.) haben‘ .... Und sie haben es mehrmals gesagt, und dann hat sich die Türkei zurückgezogen und das russische Raketenabwehrsystem gekauft“, erklärte der Präsident auf einer Pressekonferenz am Rande des Nato-Gipfels in London.

Trump betonte zudem mit Blick auf den Kauf amerikanischer F-35-Kampffjets durch die Türkei, der milliardenschwere Deal sei nicht mit Russland oder China, sondern mit den USA geschlossen worden, „da es der Türkei um die besten Jets der Welt ging“.

US-Außenminister Mike Pompeo hatte sich zuvor mit Besorgnis zu dem angekündigten Teststart der S-400-Systeme in der Türkei geäußert. Washington wolle diese Frage weiter mit Ankara erörtern, so Pompeo.

### *S-400-Lieferung an die Türkei*

Die Lieferungen der modernen russischen Flugabwehrsysteme S-400, die eine Krise in den Beziehungen der Türkei und der USA ausgelöst hatten, begannen Mitte Juli. Nach Worten des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan würden die S-400 im April 2020 in Dienst gestellt. Washington forderte, den Deal aufzugeben und als Ersatz dafür US-amerikanische Systeme Patriot zu erwerben. Dabei drohte Washington, den Verkauf neuester Kampffjets F-35 an die Türkei zu verzögern oder gar aufzuheben sowie Sanktionen gegen das Land in Übereinstimmung mit dem CAATSA-Gesetz (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act) zu verhängen. Ankara weigerte sich jedoch, den USA Zugeständnisse zu machen.

### **Ombudsmandnr.ru: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa über den Fahndungsaufruf des SBU gegenüber Wladimir Zemach**

Mir wurde von einem weiteren Fall der „Einhaltung“ ihrer Verpflichtungen zur prozessualen Freistellung bei gegenseitiger Übergabe verurteilter Personen durch die ukrainische Seite bekannt. Wladimir Zemach, der zuvor von ukrainischen Diversanten vom Territorium der DVR entführt wurde, wurde am 7. September im Rahmen von zuvor erreichten Vereinbarungen zwischen dem Staat Ukraine und der RF auf das Territorium der RF verlegt. Heute wurde er vom Sicherheitsdienst der Ukraine zur Fahndung ausgerufen, als Person, die vor den Ermittlungsorganen geflohen ist. Der Fall besteht darin, dass Vertreter der Ukraine selbst den Verurteilten auf das Territorium der RF übergeben haben. Nach offiziellen Informationen der Rechtsschutzorgane der Ukraine ist der 23. September das Datum des Verschwindens von Zemach. Das zeugt davon, dass die Ukraine vorsätzlich nicht die Prozedur der prozessualen Freistellung durchgeführt hat, um eine weitere strafrechtliche Verfolgung durchzuführen.

Wenn die ukrainische Regierung ihre Verpflichtungen im Rahmen internationalen Rechtsbeziehungen nicht erfüllt, so gibt es keinerlei Garantien, dass das offizielle Kiew nicht von einer strafrechtlichen Verfolgung von Personen, die in einem Austausch im Rahmen der Minsker Vereinbarungen eingeschlossen sind, Abstand nimmt. Die Vertreter der ukrainischen Regierung demonstrieren ein weiteres Mal ihre Unfähigkeit irgendwelche Verpflichtungen zu erfüllen. Die prinzipielle Position der Republik besteht darin, dass die ukrainische Seite eine Entscheidung über die Beendigung der strafrechtlichen Verfolgung von Personen, die an einem Austausch beteiligt sind, fasst, weil das eine Schlüsselkomponente des Verhandlungsprozesses ist.

Solche Handlungen untergraben die Autorität der Ukraine, auch als Subjekt internationaler Rechtsbeziehungen und entwerten Tausende von Stunden schweißtreibender Arbeit und Verhandlungen, die im Rahmen der dreiseitigen Kontaktgruppe erfolgt sind.

### **ukrinform.de: Präsident Selenskyj setzt Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates über Energiesicherheit in Kraft**

Der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj hat den Beschluss des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine „Über unverzügliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Energiesicherheit“ mit seinem Dekret in Kraft gesetzt.

Nach dem Beschluss soll unter anderem eine Expertenrat für Energiesicherheit als Beratungsorgan bei dem Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung gebildet werden. Die Regierung soll bis zum 1. April 2020 Gesetzentwürfe über Mindestvorräte an Erdöl und Erdölprodukte unter Berücksichtigung der EU-Regelungen ins Parlament einbringen. Die Regierung soll auch eine neue Fassung des Gesetzes über Bodenschätze und einen Gesetzentwurf zur Aktualisierung des staatlichen Programms zur Erhöhung der Gewinnung von Erdgas, Erdöl, Schiefergas und Methan erarbeiten. Auch Finanzpläne für den Energieversorger Naftogaz für 2019 und 2020 sollen von der Regierung genehmigt werden.

Der Beschluss sieht auch vor, dass die Antimonopolbehörde Verletzungen der Gesetze zum Schutz des wirtschaftlichen Wettbewerbs untersuchen und entsprechende Maßnahmen ergreifen soll. Das Dekret des Präsidenten vom 2. Dezember 2019 annullierte die Dekrete des Staatsschefs Nr. 448 vom 28. April 2014 und Nr. 876 vom 14. November 2018.

**abends:**

dan-news.info: Das staatliche Unternehmen Post des Donbass hat eine Postfiliale in Metallist im Amwrosiewka-Bezirk der DVR eröffnet, die etwa 1500 Einwohner versorgen soll, darunter mehr als 300 im Rentenalter und 65 Menschen mit Behinderung, teilte das Unternehmen mit. Zuvor gab es in dem Ortschaft keine Post.